

Niederschrift

zur 22. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 05.05.2011	18:00- 20:38 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof" (ehemaliges Restaurant)

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner,

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler, Martin Gollmer, Anne Müller, Käthe Radom, Gerold Sachse,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke, Klaus Runge,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel, Lothar Hoffrichter, Petra Schumann,

Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt, Ines Jeske, Jörg Knauth, Hans-Joachim Lachmann, Jürgen Lüder,

Gäste: Frau Jenning von der MOZ , Herr Lindemann vom LOS – Amt für Grundsicherung,

Verwaltung: Fachbereichsleiter Herr Dr. Wetter, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz, Fachgruppenleiter Kultur und Sport Herr Diedrich

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 22.Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellung in den Räumlichkeiten des Bürgerhauses „Fürstenwalder Hof“.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Feststellung der Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften

TOP 4.1 Bestätigung der Niederschrift vom 10.03.2011/ 20. Sitzung

Die Abgeordnete Frau Fiedler bittet um eine Änderung im TOP 6.3, 4. Seite unten. „Die Abgeordnete Frau Fiedler teilt daraufhin mit, dass viele Trebuser Kinder...“ Das Wort „viele“ ist durch „einige“ zu ersetzen.

Auf Anfrage des Abgeordneten Herrn Sachse teilt die Vorsitzende mit, dass eine zahlenmäßige Analyse zur Kita „Bummi“ nach der Sommerpause in den Ausschuss eingebracht wird.

Die Niederschrift wird unter Beachtung des Änderungswunsches der Abgeordneten Fiedler bestätigt.

Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 4.2 Bestätigung der Niederschrift vom 24.03.2011/ 21. Sitzung

Die vorliegende Niederschrift wird bestätigt.

Zustimmung mit Änderung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Frau Wagner informiert über die Aktionswoche des Behindertenbeirates in Fürstenwalde, „Tag des Menschen mit Behinderung“, die heute mit einer Abschlussveranstaltung um 15.00 Uhr in der Kufa endete. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die 15. Ausstellung „Ermutigung“, Kunst behinderter Menschen, in der Erich Kästner-Schule, die am 04.05.2011 eröffnet wurde. Erstmals haben sich polnische Akteure beteiligt. Die Ausstellung ist noch bis zum 31.05.2011 zu besichtigen. Die Vorsitzende merkt an, dass der internationale Tag „Menschen mit Behinderung“ seit 1993, jährlich am 03. Dezember begangen wird.

Frau Wagner gibt die Veränderungen im Seniorenbeirat bekannt, indem sie einen Auszug aus dem Protokoll der Vertreterversammlung Senioren – VvS – vom 28.04.2011 verliest. Inhalt: Die Vorsitzende Hannelore Hoffmann ist von ihrer Funktion als Vorsitzende des Seniorenbeirates zurückgetreten. Bis zur Neuwahl des Vorstandes ist Herr Gerd Wiedemann kommissarisch als geschäftsführender Leiter sowie Frau Ilse Krüger als Stellvertreterin bestimmt worden.

Für den Club am Park ist vom LOS die vollständige Nutzungsgenehmigung erteilt worden. Frau Wagner ist bemüht, die nächste Sitzung in diesen Räumlichkeiten durchzuführen, so dass sich die Mitglieder des Ausschusses selbst ein Bild von den baulichen Zuständen machen können.

Am 07.06.2011 tagt erneut die Unterarbeitsgruppe Jugendbeteiligung in Fürstenwalde, zur Fachgruppe Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VII.

Am 06.05.2011, 18.00 Uhr, findet im Kaiserhof, Raum Berlin, eine Bürgermeisterfragestunde statt, zu der alle interessierten Bürger eingeladen sind. Die Veranstaltung wurde von der SPD - Fraktion organisiert.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Informationen zum Bildungs- und Sozialpaket durch Herrn Lindemann vom LOS - Amt für Grundsicherung

Frau Wagner begrüßt Herrn Lindemann, 2. Beigeordneter des LOS. Herr Lindemann ist Leiter des Amtes für Grundsicherung und stellt das Bildungs- und Teilhabepaket vor.

Nachdem das Verfahren vor dem Vermittlungsausschuss beendet ist, Bundestag und Bundesrat am 25.02.2011 ihre Beschlüsse gefasst haben, hat der Bundespräsident das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB) unterzeichnet.

Die gesetzlichen Regelungen zur Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets werden einen Tag nach der Verkündung, also am 30.März 2011 rückwirkend zum 01.Januar 2011 in Kraft treten. Die übrigen Änderungen im SGB II treten am 01.April 2011 rückwirkend zum 01.Januar 2011 in Kraft.

Wesentliche Inhalte des Gesetzes sind:

- 1.Regelbedarfe (Erhöhung um 5 € zum 01.01.2011, ab 01.01.2012 um 3 €),
- 2.Kosten der Unterkunft – Warmwasser (wurden bisher nicht anerkannt, neu: bei der zentrale Aufbereitung, die gestaffelt je nach Bedarfsgemeinschaft, z.B. bei einem Alleinstehenden in Höhe von 8,37 € anerkannt werden, bei der dezentralen Wasseraufbereitung wird ein Mehrbedarf für jede Person der Bedarfsgemeinschaft gewährt),
- 3.Leistungen für Bildung und Teilhabe am Gemeinschaftsleben (Schulbedarf und Schulausflüge, Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagsverpflegung, Soziale und kulturelle Teilhabe),
- 4.Mittagessen in Horten (Voraussetzung ist die Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung), Beschäftigung von Schulsozialarbeitern,
- 5.Zuständigkeiten (kreisfreie Städte und Landkreise soweit durch Landesrecht keine anderen Träger/kommunale Träger bestimmt sind),
- 6.Kindergeldzuschlag für Wohngeldkinder (Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe),
- 7.Sozialhilfe (Änderung der Leistungstatbestände).

Der Leiter des Amtes für Grundsicherung erläutert ausführlich über den § 28 Abs.2-7 SGB II, indem die Vorschriften für die Leistungen der Bildung und Teilhabe enthalten sind. Er informiert über das Antragsverfahren, welche Anspruchsvoraussetzungen vorliegen müssen, was die Leistungen beinhalten und wie angedacht ist, sie zu erbringen. Im LOS sind derzeit ca. 700 Anträge auf Leistungen aus dem Reformpaket eingegangen. 190 Anträge auf Unterstützung zu mehrtägige Klassenfahrten, 40 Anträge auf Unterstützung Mittagsverpflegung im Kita-Bereich, 31 Anträge auf Unterstützung Mittagsverpflegung, 10 Anträge auf Unterstützung von eintägigen Schulausflügen und eine geringe Anzahl Anträge auf Lernförderung. Eindeutige Prioritäten sind erkennbar. Anträge auf Schülerbeförderung liegen nicht vor, da diese Bedarfe im LOS sehr gut abgedeckt sind.

Schwierig ist es, die neuen Regelungen innerhalb kürzester Zeit umzusetzen. Derzeit werden die Leistungsrechner und die persönlichen Ansprechpartner geschult. Die Technischen Voraussetzungen müssen noch geschaffen werden. Die vorliegenden Anträge werden derzeit von den Mitarbeitern des Grundsicherungsamtes gesichtet und nach Prioritäten abgearbeitet. Herr Lindemann be-

der Kinderbetreuung in Anspruch nehmen zu können. Daraufhin erläutert Herr Politz, dass dieser Bedarf vom Jugendamt bestätigt werden muss. Bisher gab es noch keine Fälle. Wenn diese vorliegen würden, wäre das Jugendamt mit in der Pflicht, bedarfsgerechte Formen der Betreuung und entsprechende Finanzierungen zu entwickeln.

Frau Fiedler dankt für die Einarbeitung der Änderungswünsche seitens der Fraktion. Auf Anfrage teilt Herr Politz mit, dass die freien Träger für ihre Einrichtungen die Gebührensatzung der Stadt übernehmen.

Herr Sachse fragt zunächst an, ob die Möglichkeit besteht, auf die Staffelung der Einkommensgrenzen zu verzichten und den Prozentwert vom Einkommen als Berechnungsgrundlage zu nehmen.

Der Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung teilt mit, dass im Vergleich zu anderen Kommunen diese Variante sehr geringe Anwendung findet. Problematisch sieht Herr Politz die technische Umsetzung der Berechnungsweise.

Der Abgeordnete der Fraktion Die Linke formuliert den Antrag: „Um Niemanden zu benachteiligen, sollten die Gebühren für die jeweiligen Einkommensstufen statt in Euro in Prozent eingetragen werden“.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen wie folgt ab:

Zustimmung Ja 5 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Die Vorsitzende geht nochmals auf die Thematik der Niedriglöhne aus der vorangegangenen Diskussion ein und bittet die Anwesenden, die Gewerkschaften und Parteien die den Mindestlohn einfordern zu unterstützen.

Abschließend zu diesem TOP stellt sie fest, wie wenig Eltern sich in den höheren Einkommensstufen befinden und dass es zu Verschiebung kommen wird. Frau Wagner warnt davor, dass Solidaritätsprinzip nicht überzustrapazieren.

Die Vorsitzende bittet die Abgeordneten als empfehlenden Ausschuss über die vorliegende Beratungsdrucksache 5/330 abzustimmen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

TOP 6.3 Satzung der Städtischen Obdachlosenunterkunft Fürstenwalde/Spree 5/331

Der Fachbereichsleiter Bürgerdienste informiert, dass bei der vorliegenden Satzung der dringende Bedarf an der inhaltlichen Überarbeitung und Anpassung an den geänderten gesetzlichen Grundlagen bestand. Doppelungen und Wiederholungen wurden gestrichen und Verkürzungen tragen zur besseren Verständlichkeit bei.

Dr. Wetter bittet Herrn Politz um Ergänzungen, der zunächst auf die erhebliche Gebührensteigerung, die jedoch nur eine 35%-ige Kostendeckung zu Grunde legt, eingeht. Dass es damit zu einer Verelendung kommen kann, schließt er eindeutig aus, da die Gebühr nicht durch ein Erwerbseinkommen aufgebracht wird.

Herr Politz macht darauf aufmerksam, dass die Überarbeitung der vorliegenden Satzung dringend überfällig war jedoch keine inhaltlichen Fragen löst. Eine evt. Ausschreibung zur Betreibung der ODU hat keinen Einfluss auf die Gebühr. Dazu hat er ein Sozial-Integratives Konzept erarbeitet, dass den Abgeordneten umgehend zur Verfügung gestellt wird. Beraten wird dieses Konzept in einer der nächsten Sitzungen nach der Sommerpause.

Die Vorsitzende erteilt für anstehende Fragen, Hinweise und Ergänzungen zur vorliegenden Beratungsdrucksache, den Abgeordneten das Wort.

Zum §2 Abs. 4, Satz 2 der Satzung möchte Frau Fiedler wissen, wo sich die „gesondert vorgehaltene Räumlichkeit“ befindet, worauf der Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung über die Einrichtung einer separaten Räumlichkeit innerhalb der ODU informiert.

Auf Einwand der Vorsitzenden, dass diese Verfahrensweise gegen das Gesetz für psychisch Kranke (PsychKG) verstoßen würde, erklärte Herr Politz, dass immer der Einzelfall betrachtet werden muss und dann entschieden wird zwischen Unterbringung des Alkoholisierten im Separee oder ob die Polizei alarmiert werden muss. Sollte eine hilflose Person angetroffen werden, ist selbstverständlich der Rettungsdienst zu rufen.

Eine weitere Nachfrage bezieht sich auf den §1 der Gebührenordnung, „Angabe von Tatsachen, die Voraussetzung für die Unterbringung sind, insbesondere Einkommens- und Vermögensverhältnisse“. Dazu berichtet Herr Politz anhand eines aktuellen Fallbeispiel's, dass die Voraussetzungen für die Unterbringung schon wegen der Zuständigkeit anderer Kommunen zu prüfen sind. Denn nicht alle Städte und Gemeinden verfügen über eine Unterbringungsmöglichkeit für Obdachlose. Somit sind die anfallenden Kosten für die Unterbringung durch die zuständige Kommune zu erstatten. Der Fachgruppenleiter teilt mit, dass meist schon der Personalausweis als Nachweis ausreichend ist. Auch wenn die Unterkunft nur für eine Nacht genutzt wird, ist die Prüfung der Voraussetzungen erforderlich.

Herr Politz betont, dass die Unterbringung Obdachloser nur den Notfall begründet und nur eine kurzfristige Hilfe (nicht länger als 6 Monate) darstellen sollte. Die zu entrichtende Benutzungsgebühr für die Unterbringung in der Unterkunft dient ausschließlich nur zur Kostendeckung.

Abschließend meldet sich Herr Hoffrichter zu Wort und dankt an dieser Stelle Frau Freninez, vom Sozialen Zentrum „Haltestelle“ in Fürstenwalde Süd, für ihren aufopfernden Einsatz, die Existenz Hilfesuchender zu sichern. Die Anwesenden geben durch Klopfzeichen ihre Zustimmung.

Frau Wagner bittet den Ausschuss um Zustimmung, die Satzung der Städtischen Obdachlosenunterkunft, einschließlich der Gebührenordnung, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen.

Zustimmung Ja 9 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Der Fachbereichsleiter Bürgerdienste informiert die Anwesenden, dass das Lokale Bündnis für Familie über einen eigenen Link auf der Homepage der Stadt Fürstenwalde verfügt. Dort sind alle gemeldeten Veranstaltungen aufgeführt. Die verantwortliche Sachbearbeiterin Frau Bauer bittet darum, geplante Termine zeitnah mitzuteilen, so dass diese für die Öffentlichkeit eingepflegt werden können.

Vom 22.05.2011 bis 29.05.2011 findet die 18. Brandenburgische Seniorenwoche unter dem Motto „Sozial gesichert, aktiv leben – für alle Generationen“ statt. Die Mitglieder des Ausschusses erhalten für den Zeitraum vom 17.05.2011 bis 09.06.2011 einen Katalog mit Veranstaltungsangeboten, von Vereinen, Verbänden und Institutionen, allen denen, die im Rahmen der Seniorenarbeit tätig sind, zur Verfügung gestellt. Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Dr. Wetter bittet Herrn Diedrich um nähere Informationen zum 18. Fürstenwalder Frühlingsfest. Der Fachgruppenleiter Kultur und Sport informiert über die Programmabläufe von Freitag bis Sonntag und hofft gemeinsam mit allen Organisatoren, dass es gelingen wird, durch die Zusammenführung der Bühne, tschechischer Markt und Kinderfest zum Kernbereich, das Gastland Tschechien in den Mittelpunkt zu stellen.

Auf die Anfang April versendeten Sponsorenbriefe sind bereits 27 Rückläufe eingegangen, derzeitiger Stand: 31.900 €. Laut den Ausführungen von Herrn Diedrich, sind noch weitere Spenden zu erwarten.

Erstmalig in diesem Jahr, werden die Programmhefte/Flyer zeitnah an jeden Haushalt verteilt.

Des weiteren teilt Herr Diedrich mit, dass das Pneumant Sportforum in Fürstenwalde Süd fertig gestellt ist jedoch die Nutzungsfreigabe vom Landkreis noch in diesem Monat erwartet wird. Nach der Eröffnungsfeier durch die BSG Pneumant, wird die Anlage in Betrieb genommen.

Auf Anfrage der Vorsitzenden zu den fehlenden Unterstellmöglichkeiten von Geräten teilt Herr Diedrich mit, dass bereits nach Lösungen gesucht wird.

Zur Thematik Parkclub informiert Dr. Wetter, dass die Eröffnungshemmnisse beseitigt worden sind und die Betriebserlaubnis vorliegt. Es wurden bauliche Mängel festgestellt. Dazu wird der Fachbereichsleiter Stadtentwicklung Stellung nehmen.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Frau Radom bittet den Fachbereichsleiter Bürgerdienste, die Entsorgung der Abfälle auf dem Friedhof in Trebus zu veranlassen, da die Behältnisse überfüllt sind.

Im Namen der Jugendinitiative möchte Herr Bernhardt die Nutzung des Naumannsportplatzes für einen Tag im Juni beantragen. Herr Diedrich weist darauf hin, dass der Platz demnächst geschlossen wird aber noch andere Möglichkeiten bestehen. Er bittet um eine formlose Antragstellung.

Auf Anfrage der Abgeordneten Fiedler teilt die Vorsitzende mit, dass der anberaumte Termin beim Gleichstellungsbeirat kurzfristig abgesagt wurde. Neuer Termin ist für den 23.05.2011 anberaumt.

Frau Wagner bittet um regelmäßige Termininformationen vom Lokalen Bündnis für Familie per Mail. Daraufhin versichert Herr Politz, dass alle wesentlichen Veranstaltungen in den gedruckten Medien veröffentlicht werden. Sie werden auch über das Bürgermeisterpressegespräch und auf der Homepage bekannt gemacht.

Die Vorsitzende wünscht jedoch mit an der Vorbereitung (Planungsgruppen) einzelner Veranstaltungen teilzunehmen.

Herr Politz bittet um Geduld und informiert, dass es einen weiteren Workshop geben wird, in dem die Arbeitsweise des Bündnisses analysiert und verbessert werden soll.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die Vorsitzende beendet um 20:40 Uhr die öffentliche Sitzung und bittet um Herstellung der Nicht-öffentlichkeit. Die Niederschrift umfasst 7 Seiten.



Elke Wagner
Vorsitzende

Elke Stein
Schriftführerin